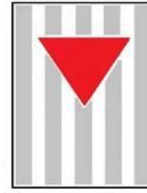

Lagergemeinschaft Dachau e.V.



Lagergemeinschaft Dachau e.V.

12. September 2020

Erinnern und handeln!

Tausende Menschen aus den abgebrannten Lagern von Moria müssen unverzüglich in Deutschland aufgenommen werden.

Seit 1993 starben mehr als 40.000 Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Lebensbedrohung. Sie versuchten in Europa einen sicheren Zufluchtsort zu finden.

Derzeit leben Hunderttausende von Menschen unter katastrophalen Bedingungen in elenden Flüchtlingslagern an den Außengrenzen Europas. Diktatoren wie Erdogan oder die sogenannte libysche Küstenwache werden von der EU finanziert, um Flüchtende am Grenzübertritt in die EU zu hindern. Die Situation in diesen Lagern ist zutiefst menschenunwürdig und dramatisch. Insbesondere in Griechenland ist die EU direkt dafür verantwortlich. Die Corona-Pandemie hat die Situation verschärft und erfordert schon seit Monaten Maßnahmen zum Schutz und für die Sicherung der Gesundheit der Geflüchteten.

Dennoch haben die EU und die Bundesregierung nichts Wesentliches unternommen, um Abhilfe in Gang zu bringen.

Wir verlangen

- Die gefährlichen Lager an der EU-Außengrenze und in Griechenland müssen aufgelöst und die Geflüchteten evakuiert, dezentral untergebracht und versorgt werden.
- Die Bundesrepublik Deutschland als reichstes und politisch mächtigstes Land in Europa, das sich mit den Dublin-Regelungen Jahrzehnte lang abgeschottet hat vor der Verantwortung, Schutzsuchende aufzunehmen, muss endlich Verantwortung übernehmen und vorangehen bei einer menschengerechten Asylpolitik.

Wir erinnern

„Auf der Konferenz von Évian, die vom 6. bis 15. Juli 1938 auf Initiative des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt zusammenkam, berieten die Vertreter von 32 Staaten und 24 Hilfsorganisationen über das Problem der rapide ansteigenden Flüchtlingszahlen von Juden aus Deutschland und Österreich“ (Wikipedia). Das Ergebnis war fast Null. Tenor der Staaten: Wir sind kein Einwanderungsland, wir könnten dadurch vor Probleme gestellt werden. Die Argumente damaliger und heutiger Politiker gleichen sich, wenn es darum geht, Menschen nicht zu retten und Hilfe zu versagen.

Hunderttausende Menschen hätten in der NS-Zeit gerettet werden können. Stattdessen wurden die meisten Menschen, die Flucht wagten, an den Grenzen verhaftet und ins Nazireich zurückgeschickt.

Der Weg in den Holocaust hat auch diese Vorgeschichte.

Mit **Nie wieder** war eine Anzeige der Bayerischen Regierung überschrieben, die anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg Anfang Mai in der Süddeutschen Zeitung erschienen ist. Von Versagen in der Vergangenheit war die Rede und vom guten Vorsatz für die Zukunft. Schließlich gehört Erinnerung an die Verbrechen der Nazizeit zu den Aufgaben des Staates auf Länder- und Bundesebene und in der ganzen Gesellschaft.

Nach der Befreiung 1945 wurden die Menschenrechte in UNO- und EU-Konventionen bekräftigt, das Asylrecht auch in unserer Verfassung verankert, die Genfer Flüchtlingskonvention und die UNO-Kinderrechtskonvention sind geschaffen worden - als Antworten auf die Nazi-Barbarei.

Nie wieder!

Nie wieder sollen Menschen daran gehindert werden, Schutz und Sicherheit zu erlangen.

Nie wieder sollen sie in Elend, Terror und in Krieg abgeschoben, zurückgedrängt werden.

Schutz und Sicherheit, persönliche Entfaltung, das Recht, „Rechte zu haben“, wie es die vor den Nazis geflohene jüdische Philosophin Hannah Arendt postuliert hat, sollen Geltung haben.

Oberbürgermeister und Stadträte vieler Kommunen, Abgeordnete – auch aus der CDU und selbst Minister der CSU - sowie viele Organisationen und Institutionen der Zivilgesellschaft verlangen wie wir von der Lagergemeinschaft Dachau etwas **Selbstverständliches**:

Hilfe und Rechte, die auf dem Grundgesetz, der EU-Menschenrechtscharta und Vereinbarungen der Vereinten Nationen gründen und die seit der Befreiung von Faschismus und Krieg moralischer Kompass für unser Denken und Handeln sind, sollen eingehalten werden.

Wir Überlebende, Angehörige und Nahestehende von ehemaligen NS-Opfern sehen es als unsere Verantwortung, die Aussage der ehemaligen Häftlinge „Nie wieder“ ernst zu nehmen und ihre glaubwürdige Umsetzung einzufordern.

Wenn wir aufhören, uns gegen die Verletzung von Humanität und Menschenrechten zu stellen, wenn wir die Zerstörung von Asylrecht und Flüchtlingsschutz zulassen, geben wir die Errungenschaften der Befreiung von Faschismus und Krieg preis.

Vorstand der Lagergemeinschaft Dachau

Ernst Grube
Präsident

Dr. Jürgen Müller Hohagen
Vize-Präsident

Klaus Mai
Kassier